

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

**Kurz kommentiert: Zinsabschlagsteuer - Wohnungsbau -  
Hermes-Bürgschaften - IWF-Rußland - Umweltkonferenz**

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1992) : Kurz kommentiert: Zinsabschlagsteuer - Wohnungsbau - Hermes-Bürgschaften - IWF-Rußland - Umweltkonferenz, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 72, Iss. 5, pp. 229-230

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136877>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Zinsabschlagsteuer

### Verfassungsrechtliche Bedenken

Die Anhörung von Sachverständigen im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages hat ergeben, daß der Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Zinsabschlaggesetz die vom Verfassungsgericht beanstandete Ungleichmäßigkeit der Besteuerung der Zinseinkünfte zwar verringert, aber nicht beseitigt. Die bisherige Besteuerungspraxis orientiert sich unter Wahrung des Bankgeheimnisses allein an der Erklärungsbereitschaft des Steuerpflichtigen. Der Gesetzentwurf sieht einen auf die Einkommensteuer anrechenbaren Zinsabschlag von 25% vor, verbunden mit einer Verzehnfachung des Sparfreibetrags und weiteren steuerlichen Vergünstigungen, z. B. bei der Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen und der Besteuerung von Alterseinkünften. Für Steuerpflichtige mit einem Grenzsteuersatz von mehr als 25% besteht allerdings weiterhin ein Anreiz, ihre über die Freibeträge hinausgehenden Zinseinkünfte nicht zu deklarieren.

Eine alle Einkommensgruppen umfassende „tatsächliche steuerliche Gleichbehandlung“ wird um so eher erreicht, je höher der anrechenbare Steuersatz des Zinsabschlags festgelegt wird. Die Alternative zu einem relativ hohen Abschlagsatz wäre eine Aufhebung des Bankenerlasses und damit die Möglichkeit regelmäßiger Kontrollen oder Stichproben durch die Finanzämter, ähnlich wie es im Rahmen der Betriebsprüfungen bei der Unternehmensbesteuerung üblich ist. Die Sorge vor Kapitalflucht in das Ausland ist kein durchschlagendes Argument gegen eine konsequente Zinsbesteuerung. Die entscheidende Frage ist, ob auch mittelfristig eine konsequente Zinsbesteuerung nur um den Preis von Kapitalabflüssen, Zinssteigerungen und damit negativen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung zu haben ist. Zinsdifferenzen zum Ausland führen bei offenen Kapitalmärkten lediglich zu einer Umleitung des Kapitals. Dieses steht für investive Zwecke im Inland weiter zur Verfügung, denn der inländische Investor kann sich im benachbarten Ausland zu dort niedrigeren Zinsen refinanzieren. ws

## Wohnungsbau

### Furcht vor Folgekosten

Das ehrgeizige Wohnungsbauprogramm der Bundesregierung, das allein in den alten Bundesländern die Erstellung von jährlich 400 000 Wohnungen vorsieht, ist gefährdet, wenn es nicht gelingt, mehr Bauland bereitzustellen.

Die bisherigen Maßnahmen des Wohnungsbauerleichterungsgesetzes von 1990 scheinen insbesondere bei Wohnungsnotfällen, wo preiswerter Wohnraum gefragt ist, nicht zu greifen. Die Bauministerin plant deshalb Änderungen im Baugesetz.

Es hätte sich gezeigt, daß insbesondere schleppende Genehmigungsverfahren bei der Erstellung von Bebauungsplänen zu nicht mehr vertretbaren Preissteigerungen bei Bauland geführt haben. Dem soll durch eine Vereinfachung der Genehmigungspraxis entgegengewirkt werden. Außerdem wird beklagt, daß durch eine restriktive kommunale Baulandpolitik eine künstliche Verknappung von Flächen bewirkt würde. Es wird daher vorgeschlagen, die Gemeinden zu verpflichten, bei der Ausweisung von Gewerbegebieten auch für ausreichendes Bauland für Wohnzwecke zu sorgen.

Ob die in der Tat enormen Preissteigerungen bei Wohnbauland der schleppenden Bearbeitung von Bebauungsplänen angelastet werden können, wäre noch im einzelnen zu überprüfen. Sicherlich wird eine Deregulierung auf diesem Sektor in der Tendenz preisdämpfend wirken, da geeignete Grundstücke schneller einer Bebauung zugeführt werden. Eine nachhaltige Verbesserung der Wohnungsmisere wird man allerdings erst erreichen, wenn es gelingt, die Gemeinden zur Ausweisung neuer Flächen auch für den sozialen Wohnungsbau zu bewegen. So gesehen trifft die Koppelung von Gewerbeflächen und Wohnbauflächen bei der Neuausweisung den Kern des Problems. Es ist kein Geheimnis, daß auf kommunaler Ebene aus Furcht vor den Folgekosten die Ausweisung von Flächen für den sozialen Wohnungsbau in vielen Fällen nur höchst ungern vorgenommen wird. Man darf mithin gespannt sein, ob sich Frau Schwaetzer mit ihrem Vorschlag durchsetzen können. rr

## Hermes-Bürgschaften

### Vorsicht geboten

Der anhaltende Auftragsmangel aus den ehemaligen RGW-Ländern hat die wirtschaftliche Lage und die Privatisierungsaussichten der noch in Treuhandbesitz befindlichen ostdeutschen Unternehmen verschlechtert. Dies gilt in besonderem Maße für den Maschinenbau in Sachsen und Thüringen, der sich nach dem Zusammenbruch der Ostmärkte nun auch einem Rückgang der Investitionsgüternachfrage in Westdeutschland gegenüber sieht. In diesem Zusammenhang wird erneut die Aufstockung der Hermes-Bürgschaften in die Diskussion gebracht, über die die langjährigen Handelsbeziehungen ostdeut-

scher Maschinenbauunternehmen zu Betrieben in Osteuropa aufrechterhalten werden sollen.

Es ist jedoch fraglich, ob die traditionellen Handelsbeziehungen auch heute noch einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil für ostdeutsche Unternehmen darstellen. Die osteuropäischen Betriebe können nunmehr zwischen den Erzeugnissen westdeutscher und ostdeutscher Maschinenbauunternehmen wählen. Überdies werden sie sich künftig an westlichen Qualitätsstandards orientieren. Die Zukunftsaussichten und die Wettbewerbsfähigkeit ostdeutscher Maschinenbauunternehmen werden daher entscheidend davon abhängen, wie schnell sie in der Lage sind, sich diesen Standards anzupassen.

Werden aber in großem Umfang und auf längere Frist – wie Sachsens Wirtschaftsminister fordert – Hermes-Bürgschaften zur Stützung einer künstlichen Nachfrage nach ostdeutschen Produkten in den Ländern Osteuropas gewährt, dann sinken die marktlichen Anreize für eine Strukturanpassung, und notwendige Betriebsstilllegungen unterbleiben. Es sollte daher gerade bei Hermes-Bürgschaften der vorübergehende Charakter im Vordergrund stehen und ein hoher Anteil am Auftragsvolumen ostdeutscher Maschinenbauunternehmen vermieden werden. mw

---

### IWF – Rußland Saurer Apfel

---

Noch bevor die Aufnahme Rußlands in den Internationalen Währungsfonds überhaupt perfekt ist, versucht Präsident Jelzin unter dem Druck öffentlicher Kritik bereits, sein Terrain zu verteidigen. Er will sich keinen „IWF-Diktaten“ beugen, sondern möchte sich seinen Handlungsspielraum erhalten. Nun sind zum einen die IWF-Anpassungsprogramme keine einseitigen Diktate des Fonds, sondern werden unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Situation des betroffenen Landes ausgehandelt; zum anderen dürfte Jelzin kaum noch über größeren Handlungsspielraum verfügen.

Jelzin braucht Geld, und zwar nicht nur von den internationalen Finanzorganisationen. Westliche Regierungen und Geschäftsbanken allerdings sind nur dann zu Finanzhilfen bereit, wenn der Fonds sein Placet zur Wirtschafts- und Reformpolitik Rußlands gibt. Seine Zustimmung signalisiert der Fonds durch die Kreditvergabe. Diese allerdings geschieht stets häppchenweise. Bei Nichteinhaltung der wirtschaftspolitischen Leistungskriterien des Fonds wird die weitere Kreditauszahlung gestoppt – für die übrigen westlichen Kreditgeber ein Signal zur Vorsicht.

Soll Rußland für den Westen nicht zum oft zitierten „Faß ohne Boden“ werden, müssen der Systemumbau und die notwendige Stabilisierung der Wirtschaft so konsequent wie nötig und so zügig wie möglich durchgesetzt werden. Der Fonds hat bereits klargemacht, daß Rußland mit „weichen“ Programmen, die den Erfolg der Stabilitätspolitik gefährden würden, nicht rechnen kann. Die russische Wirtschaftspolitik, insbesondere die bereits aus dem Ruder gelaufene Geld- und Fiskalpolitik, wird in den nächsten Jahren unter strenger Fondsüberwachung stehen. Jelzin wird in den sauren Apfel beißen müssen. pp

---

### Umweltkonferenz Warten auf ein Wunder

---

Die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung steht unter einem schlechten Stern. Wenige Wochen vor Beginn des Treffens in Rio de Janeiro wurde eine unbefriedigende Klimakonvention verabschiedet; den vorbereitenden Konferenzen liegen unverbindliche Entwürfe für die mit viel Vorschußlorbeeren bedachten und mit hohen Erwartungen befrachteten Resolutionen zu den Themen „Agenda 21“ und „Earth Charter“ vor. Die Weigerung der amerikanischen Regierung, Zusagen auf dem Gebiet Umwelt und Entwicklung zu machen, schwebt wie ein Damoklesschwert über der Konferenz, die zudem zu einem Mammutspektakel zu degenerieren droht. Politische Prominenz aus den USA, Europa und den Entwicklungsländern hat sich angesagt; mehr als 1000 nicht-staatliche Organisationen wollen in Gegenveranstaltungen ihr Anliegen zu Gehör bringen. Dabei hat weniger Kompetenz die Teilnahmeentscheidungen geprägt als vielmehr die Absicht, in der Konferenz ein Forum für das jeweilige Anliegen zu finden.

Die Gruppe der Entwicklungsländer ist zerstritten: Die einen sehen in der Konferenz eine Chance, verstaubte und längst abgelehnte Forderungen der Neuen Weltwirtschaftsordnung wieder mit Leben zu erfüllen. Anderen Ländern – allen voran dem Gastgeber – geht es um Prestige und mehr Entwicklungshilfe. Auf der Strecke bleiben dabei die eigentlich anstehenden drängenden Probleme: die Armut, der schnelle Abbau natürlicher Ressourcen, die globalen Umweltfragen und die längst fälligen Reformen in Industrie- und Entwicklungsländern, die nötig sind, um dem Umweltschutz zum Durchbruch zu verhelfen. Nur ein Wunder kann die Voraussetzungen dafür schaffen, daß diese Probleme angepackt werden. Doch der Glaube an Wunder wird wohl auch dieses Mal nicht weiterhelfen. mk